

DIE LINKE.



Fraktion im Rat der Stadt Kamen

Fraktion DIE LINKE./GAL im Rat der Stadt Kamen
Rathausplatz 5 – 59174 Kamen

Fraktionsbüro:
Rathausplatz 5
59174 Kamen
Tel.: 02307/ 148-55 00
E-Mail: kdgrosch@gmx.de

Geschäftszeit:
Do 10.00-13.00 Uhr
und nach Vereinbarung

Kamen, 11.12.2014

Rede zum Stellenplan

Der Stellenplan 2015 ist nicht durch Kürzungen in vielen Bereichen gekennzeichnet, im Bereich Rettungsdienst erfolgt sogar eine Aufweitung, das begrüßen wir.

Kritikwürdig ist allerdings, dass in der Musikschule der „natürliche Abgang“ eines Klavierlehrers Anlass war, diese $\frac{3}{4}$ -Stelle zu streichen. Gab es keinen Bedarf mehr an Klavierunterricht oder wie soll nun der Unterricht sichergestellt werden? Musikschullehrer sind, teilweise durch freiwillig erzwungenen Lohnverzicht, schlecht bezahlt und oft nur geringfügig beschäftigt. Die Ernährung einer Familie durch einen Akademiker ist jedenfalls auf diese Weise nicht möglich!

Auffällig ist auch die Aufstockung einiger Mitarbeiterinnen-Stellen in der Stadtverwaltung, hier wurde wohl dem Wunsch von Frauen um Aufstockung der Arbeitszeit bzw. Berufsrückkehrerinnen aus der Elternzeit entsprochen.

Leider sind das die einzigen Bemühungen der Verwaltung um Gendergerechtigkeit. Mit 26,5 % Frauenquote in den Gehaltsstufen A12 und höher entspricht dieser Anteil nicht den (allerdings für DAX-notierte Unternehmen) fixierten Vorgaben der eigenen Ministerin und auch am „Vorstandstisch“ des

Rates ist er erkennbar noch geringer! Auch der neue Dezernatverteilungsplan lässt diesbezügliche Änderungen weder erkennen, noch erwarten.

Die Ausbildungsquote ist zwar verbessert worden, entspricht aber längst nicht den einst von der Sozialdemokratie geforderten 7%. An Bewerberinnen und Berwerbern soll ja zumindest kein Mangel geherrscht haben!

Wir begrüßen den Antrag der SPD-Fraktion bezüglich der Schul-Sozialarbeit, denn der Verlust dieser Stellen würde zugleich den Verlust wertvoller pädagogischer Arbeit mit sich bringen. Der Antrag trägt zugleich dem Umstand Rechnung, dass Kinder sich zunehmend länger in der Schule aufhalten.

Pädagogisch betreut werden müssten aber auch die derzeit in unserer Stadt untergebrachten Flüchtlinge. Das ist in vielen anderen Städten längst realisiert.

Hilfe bei Amtsgängen, bei der Wohnungssuche, beim Erwerb von Einrichtungsgegenständen für die Wohnung, bei der Informationen über Nutzungsmöglichkeiten technische Einrichtungen und technischer Gebrauchsgüter, aber auch Hilfe beim Zusammenleben unterschiedlichster Kulturen, bei der Vermittlung von Kenntnissen über deutsche Kultur und Gebräuche wird teilweise bis zur Selbstaussbeutung fast ausschließlich von ehrenamtlichen Kräften geleistet. Doch hier ist die öffentliche Hand in der Pflicht! Denn der Begriff „Inklusion“ gilt für unsere Mitbürger mit ausländischen Wurzeln ebenso wie für Flüchtlinge und Asylbewerber!

Langfristig, so das Haushaltssicherungskonzept, soll jede dritte Stelle in der Verwaltung eingespart werden. Von dieser Idee ist in dem vorliegenden Stellenplan glücklicherweise nichts zu spüren. Es erscheint aber zweifelhaft, wie die geplanten Einsparungen langfristig umgesetzt werden sollen, zumal trotz sinkender Einwohnerzahl der Umfang der Aufgaben für die Verwaltung steigt!

Gunther Heuchel